

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Neue Bücher

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kommen des armeekritischeren Abstimmungsverhaltens der Schweizerinnen und Schweizer? Die Erklärung, welche die Untersuchung liefert, liegt in der zunehmenden Ablösung des Primats der Meinungsbildung durch das Primat der Wirtschaftlichkeit in der Presse. Die Berichterstattung ist zum Ausdruck eines ständig wachsenden kommerziellen Denkens geworden.

Diese Feststellung stützt die auf den ersten Blick überraschende Übereinstimmung in Berichterstattung und Erscheinungsbild der drei Zeitungen "TagesAnzeiger", "Der Bund" und "Berner Tagwacht". Ihre Berichterstattungen über die beiden Armee-Initiativen, die unterschiedlich stark sowohl von Anpassung an das Ideal der sogenannten Forumspresse als auch von politischem Engagement geprägt ist, widerspiegelt die grosse Bedeutung, die kommerzielle und politische Aspekte bei den drei Blättern haben. Je nach Zeitung sind aber die beiden Aspekte ungleich gewichtet. Bei der "Tagwacht" steht der politische sicher im Vordergrund. Sie hat aber aus dem Verschwinden mancher SP-Blätter die Lehre gezogen, dass eine Zeitung, die überleben will, sich auch verkaufen lassen muss. Ihre Anpassung an den Stil der Forumspresse, für die der oben beschriebene fragmentarische Journalismus charakteristisch ist, zeigt das gewachsene kommerzielle Bewusstsein. Beim "TagesAnzeiger", der das andere Extrem dieser drei Zeitungen darstellt, war das kommerzielle Motiv schon seit Beginn des Bestehens vorhanden. Daher war sein Stil darauf ausgerichtet, ein möglichst grosses Publikum anzusprechen.

Keine Regel ohne Ausnahmen. Von der Dreiergruppe heben sich links und rechts "WoZ" und "NZZ" deutlich ab. Jenseits von wirtschaftlichen Überlegungen, ergreifen sie politisch eindeutig Partei und erscheinen so wie Relikte aus der vergangenen Zeit

der Meinungspresse. Der Erfolg der beiden Zeitungen zeigt, dass politisches Profil auch heute noch seinen Platz haben könnte.

Steigert Wettbewerb die publizistische Qualität?

Sind neben dem Primat der Wirtschaftlichkeit noch weitere Faktoren bestimmend für die Erscheinung einer Zeitung? Wie sieht etwa die Berichterstattung von Zeitungen aus, die in einem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf stehen? Die Untersuchung geht in einem letzten Teil der Frage nach, ob eine Monopolstellung oder eine Konkurrenzsituation Einfluss auf die Berichterstattung haben. Schenkt man den Bürgerlichen, die sich als beharrliche Kämpfer gegen das SRG-Monopol verdient gemacht haben, Glauben, führt Wettbewerb zu publizistischer Vielfalt. Der Vergleich der "Basler Zeitung" mit den Luzerner Konkurrenzzeitungen "Vaterland", "LNN" und "Luzerner Tagblatt", die in der ganzen Innerschweiz einen harten Kampf um Marktanteile austragen, widerlegt das liberale Kredo. Grosse Unterschiede in den Berichterstattungen der vier Zeitungen konnten nicht ausgemacht werden, vielmehr ist eine Einfalt in der Vielfalt festzustellen. Stattdessen wiesen "Basler Zeitung" und "LNN" eine Verwandtschaft in Inhalt, Form und Argumentation auf. Beide Zeitungen sind typische Vertreterinnen der angesprochenen Forumspresse, die sich primär an ein breites Publikum adressiert. Dadurch liefern sie ein Beispiel, dass der Wirtschaftlichkeitsfaktor in der heutigen Medienlandschaft die Berichterstattung weit stärker bestimmt, als das vielgescholtene Monopol bzw. die gelobte Konkurrenz. Zeitungsverlage sind Unternehmungen wie alle andern geworden, die den wirtschaftlichen Erfolg absolut prioritär anstreben.

Symbol einer besseren Arbeiterbewegung

Bernhard Degen: Krieg dem Kriege! Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912. Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt anlässlich ihres 100jährigen Bestehens. Mit einem Geleitwort von Bundesrat René Felber und einem Vorwort von Roland Stark, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt.

Basel (Z-Verlag) 1990,
142 Seiten, Fr. 17.80.

Am letzten November-Wochenende des Jahres 1912 standen Basel und seine Arbeiterorganisationen im Brennpunkt der europäischen Geschichte. Sozialistinnen und Sozialisten aller Länder berieten in der Burgvogtei, wie sie den drohenden Weltkrieg abwenden könnten. Ihre damals bekanntesten Persönlichkeiten – Jean Jaurès aus Frankreich, James Keir aus Grossbritannien, Victor Adler aus Österreich und andere – sprachen von der Kanzel des Münsters. Die Losung des Basler Kongresses, "Krieg dem Kriege", weckte im von Schlachten auf dem Balkan, Rivalitäten in den Kolonien, Rüstungsfieber und nationalistischer Hetze geschüttelten Europa heue Hoffnung. Zwanzig Monate später, im Sommer 1914, liess sich in den meisten Ländern auch die Sozialdemokratie von Regierungen und Militärs für ihre Kriegspolitik einspannen. Der Basler Friedenskongress blieb aber noch lange als Symbol einer

besseren Arbeiterbewegung, die sich für Frieden und internationale Verständigung einsetzte, in den Gedächtnissen haften.

Aus Anlass ihres 100jährigen Bestehens hat die Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt im Z-Verlag ein Buch zu diesem Höhepunkt ihrer Geschichte herausgegeben. Der Historiker Bernhard Degen schildert darin, wie die Spannungen zwischen den europäischen Mächten im Zeitalter des Imperialismus stiegen, was die Sozialistische Internationale dagegen unternahm, wie sie während des grausamen Balkankrieges zu einem Kongress nach Basel einlud, wie die einheimische Arbeiterbewegung diesen vorbereitete, wie er dann ablief und auf ganz Europa ausstrahlte und wie schliesslich die Wachsamkeit der Sozialistinnen und Sozialisten nachliess und im Sommer 1914 der Nationalismus triumphierte. Der Autor fängt mit seiner flüssig geschriebenen und ausgiebig mit zeitgenössischen Zitaten angereicherten Darstellung die damaligen Debatten und ihre Hintergründe anschaulich ein. Über ein Dutzend Fotos, Faksimiles und Porträts vom Kongress und seinem Umfeld runden das Bild ab.

Frauen im Herrenhaus Europa

Welche Erwartungen haben Frauen an ein Näherrücken der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft? Mit dieser Frage hat sich eine Arbeitsgruppe der SP- und SGB-Frauen auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass die Frauen ins Herrenhaus Europa eintreten sollen - aber mit klaren Bedingungen.

Die EG hat die griffigeren Rechtsinstrumente zur Durchsetzung der Gleichheit als die Schweiz: den Kündigungsschutz für die auf Lohngleichheit klagende Frau, ein allgemeines Diskriminierungsverbot am Arbeitsplatz (bezüglich Zugang zur Beschäftigung, Berufsausbildung, beruflichem Aufstieg sowie Arbeitsbedingungen) und die dringend notwendige Gleichstellung in der Sozialversicherung. Für Schweizer Frauen ist es tatsächlich ein echter Fortschritt, wenn die für die EG geltenden Gleichstellungsrichtlinien auch in der Schweiz Vorschrift sein werden.

Unter dem Druck der EWR-Verhandlungen scheint der Bundesrat jetzt erstmals bereit zu sein, ein Gleichstellungsgesetz für die Schweiz ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Eine Reihe von Entwürfen der EG-Kommission werden zurzeit verhandelt: Elternurlaub, Umkehrung der Beweislast für die auf Lohngleichheit klagende Frau, Schutz schwangerer Frauen am Arbeitsplatz, Teilzeitar-

beit und Arbeit auf Zeit sollen rechtlich geschützt werden. Die Frauen des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB fordern ein Recht auf Verbindung von Berufstätigkeit und Familie, einschliesslich einer Rahmenrichtlinie zur Kinderversorgung.

Solche Diskussionen werden auch in der Schweiz geführt. Das schleppende Tempo, mit welchem die Gleichstellung in der Schweiz voranschreitet – erst 20 Jahre Frauenstimmrecht, erst 10 Jahre Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverfassung, ohne Erlass der entsprechenden Ausführungsgesetze – zeigt uns, dass ein getrenntes Marschieren der Schweiz von Rest-Europa uns noch langsamer zum Ziel der Gleichberechtigung führt.

Die SP- und SGB-Frauen wollen beitreten – aber nur in ein soziales und feministisches Europa.

*Barbara Geiser
Zentralsekretärin SPS*